

Neue Argumente

MITTEILUNGEN DES INTERESSENVERBANDES ARBEITSGEMEINSCHAFT NEIN ZU ZWENTENDORF
NICHT IM VERKAUF, KOSTENDECKUNG NUR DURCH SPENDEN

Jetzt das Konrad-Lorenz-Volksbegehren unterschreiben und unterstützen

Nun haben alle umweltbewußten Österreicher, die einen konkreten nächsten Schritt für die Erhaltung einer noch lebenswerten Umwelt tun wollen, die Gelegenheit, durch Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens dem Umweltgedanken auch im Parlament gebührend Gehör zu verschaffen.

Am Sonntag, den 13. Mai 1984, hat Nobelpreisträger Prof. Konrad Lorenz durch seine Unterschrift unter den Text des nach ihm benannten Volksbegehrens den Auftakt hierfür gegeben. **Das Ziel dieses Volksbegehrens liegt in einer verfassungsgesetzlichen Verankerung des Grundrechtes der Bürger auf gesunde und lebenswerte Umwelt** und umfaßt eine reiche Palette von Forderungen des Umweltschutzes von der Schaffung von Nationalparks (Hainburg, Hohe Tauern, Hintergebirge, Seewinkel etc.) über das Verbot von Großkraftwerken wie Hainburg und Zwentendorf, die Rettung des Trinkwassers, die Erhaltung der Wälder etc. bis zum Einsatz einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen für Umweltschutzmaßnahmen.

Das überparteiliche Personenkomitee, das dieses Volksbegehren trägt, wird aus namhaften Wissenschaftlern, Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzt. Die Ausarbeitung des Inhaltes dieses Volksbegehrens lag in Händen einer Reihe bekannter und verantwortungsbewußter Wissenschaftler, allen voran Univ.-Doz. Bernd Lötsch (Ökologie), Univ.-Doz. H.-P. Aubauer (Physik, Energiefragen) und Univ.-Prof. G. Bruckmann (Wirtschaftsfragen).

Angesehene Juristen hatten bei Abfassung des Gesetzestextes Unterstützung gewährt. Wertvoll ist auch die Mitwirkung von jenen tatsächlich und nicht nur verbal umweltschutzbewußten Politikern quer durch die Parteien – von der ÖVP bis zur SPÖ –, die sich mutig zu diesem Volksbegehren bekennen. Dadurch haben sich die Großparteien schon genötigt gesehen, ihren Mitgliedern die Beteiligung am Volksbegehren freizustellen.

Ziel dieses Volksbegehrens ist es nicht nur, der direkten Drohung der Nuklearindustrie mit ihren Atomkraftwerken und der Zerstörung der Naturlandschaft bei Hainburg Einhalt zu gebieten, sondern ist ausdrücklich die Aufforderung zu einer breiten und allgemeinen Besinnung der Verantwortlichen im letzten möglichen Moment, durch einen eindringlichen Appell eines Biologen und Nobelpreisträgers – einer zutiefst besorgten großen Persönlichkeit Österreichs – und seiner Mitkämpfer.

Das Besondere aber an dieser wohlüberlegten Form des Umweltschutz-Volksbegehrens ist die Wegbereitung für eine große Zahl sinnvoller – von der Regierung stets nur leer versprochener – neuer Arbeitsplätze: Für Schutz und Sanierung der angeschlagenen Umwelt wären nach ausgearbeitetem Konzept 64.000 Arbeitsplätze notwendig: Die 100 Milliarden Schilling, die bis 1990 für landschaftszerstörende Großkraftwerke vorgesehen sind, würden richtiger eingesetzt für den Bau von Mittel- und Kleinkraftwerken unter Einschluß der Nutzung der Abwärme und von Wärmedämmung an Gebäuden 149.000 Arbeitsplätze bringen, statt ein paar tausend auf einigen vollmechanisierten Großbaustellen.

P.b.b.

Erscheinungsort Wien – Verlagspostamt 1010 Wien
Wenn unzustellbar, bitte zurück an: Arge Nein zu Zwentendorf, 1210 Wien, Johann-Laufner-Gasse 37/6

Inhalt:

- 1 Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren
- 2 Zwentendorf und Hainburg
- 4 Die Parteien über Zwentendorf
- 6 Das „Gewähr“-Fiasko in der Schweiz
- 7 Ein Jahr nach den Wahlen

Die Zeit ist einfach reif für grundsätzliche und nicht halberzige Forderungen für den Schutz und die Erhaltung eines gesunden Lebens von uns und unseren Nachkommen und der uns umgebenden Natur, als Grundlage hierfür. Das Umweltschutzbewußtsein ist bei so vielen unserer Bürger durch den mannigfaltigen Einsatz von weitschauenden Persönlichkeiten in den letzten Jahren einerseits, durch die rapide zunehmende Zerstörung der Umwelt durch unüberlegte bzw. auf rein wirtschaftliche oder persönliche Vorteile ausgerichtete Chemie- und Industrie-Großprojekte andererseits so sehr angewachsen, daß wir diesem Volksbegehren jetzt schon einen großen Erfolg voraussagen können.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, daß heute auch die Journalisten begriffen haben, daß der Umweltschutzkampf in eine ernste, lebensentscheidende Phase getreten ist und hier nicht bloß ein Häuflein von Phantasten oder Schwarzsehern am Werk ist, wie früher vielfach gedacht. Daß die Journalisten nun auch den Mut haben, breit und offen in den großen Tageszeitungen für diese so bitter nötigen Ideen einzutreten, wird zum Durchbruch dieser Bestrebungen entscheidend beitragen.

Zur technischen Seite der Durchführung dieses Vorhabens sei vermerkt, daß bereits mit 10.000 beglaubigten Unterschriften die Einleitung des Volksbegehrens möglich ist und dann ab mindestens 100.000 vorgelegten Unterschriften sich das Parlament mit diesem Anliegen befassen muß. Je größer natürlich die Zahl der Unterschriften ist, umso mehr Gewicht wird dieses Umweltschutz-Begehren im Parlament erhalten und werden sich jene verkalkten Politiker in der Regierung, die bei rundum sterbendem Wald und Krebstotenraten von 50% in Industriezentren noch immer nicht ihr Parteidisziplin- und Gefolgschafts-Denken hinter lebensnotwendigen Forderungen zurückstellen konnten, im eigenen Interesse eines Besseren besinnen müssen. Das möchten wir denn doch sehen, ob Bundeskanzler

Sinowatz die Mißachtung der Meinung der Staatsbürger so weit treiben sollte, wie von ihm am 23. Mai (Kurier, S. 1) in einer Stellungnahme zum Volksbegehren verkündet: Daß nämlich „auch eine große Anzahl von Unterschriften beim Volksbegehren gegen den Bau von Großkraftwerken die politische Entscheidung kaum beeinflussen werde“. Auf Grund der gleichen, praktisierten Auffassung – besonders im Hinblick auf Zwentendorf –, die einen kräftigen Mangel an Demokratieverständnis enthüllt, ist ja erst jüngst der Vorgänger von Sinowatz gestolpert und schließlich zu Fall gekommen. Schutz unserer Umwelt zählt heute auch bei vielen Partei-Angehörigen mehr als eine verknöcherte Parteilinie.

Dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren wird von den Medien ein großer Erfolg eingeräumt. Schon am ersten Tag waren 6000 Unterschriften erzielt worden, nach drei Tagen waren es bereits 25.000, nach zehn Tagen 50.000 Unterschriften. Meinungsumfragen durch das Fessel-Institut haben wahrscheinlich gemacht, daß jeder dritte Wähler die Absicht hat, dieses Volksbegehren zu unterzeichnen (was theoretisch 1.600.000 Unterschriften wären!).

Unsere Arbeitsgemeinschaft gegen Zwentendorf ruft unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, dieses Volksbegehren aus den oben angeführten Gründen voll zu unterstützen! Unterstützungserklärungs-Formulare sind in den Trafiken und bei der Adresse „Konrad-Lorenz-Volksbegehren, 1090 Wien, Liechtensteinstr. 13, 2. Stock“ erhältlich. Sie müssen entweder auf den Gemeindeämtern (oder Magistratischen Bezirksämtern in Wien) bestätigt oder vom Notar bzw. Gericht beglaubigt werden und dann an die zuvor genannte Adresse eingeschickt werden.

Nun liegt es an uns selbst, diesem Volksbegehren einen durchschlagenden Erfolg zu verschaffen und dadurch die kompetenten Politiker zum raschen Handeln für unser Land zu zwingen.

A. Tollmann, Obmann

Wir vertrauen auch diesmal auf Ihre Spendenfreudigkeit – durch die rote Beilage entstehen uns Mehrkosten von rund S 11.000,-. Dank im voraus.

Zwentendorf und Hainburg

Faustdrohungen des Bundeskanzlers und ihre unerwarteten Auswirkungen

Bewegte Tage einer gegen die Umwelt uneinsichtigen Regierungspolitik liegen im Mai hinter uns. Sie gipfelten im starrsinnigen Ruf des Bundeskanzlers Sinowatz nach Hainburg und Zwentendorf, der aber genau das Gegenteil der Erwartungen der Regierung bewirkte. Das Fäusteschütteln von Sinowatz vor dem Fernsehschirm hat nicht eingeschüchtert, sondern die Kräfte der Vernunft zum Schutz der Umwelt mobilisiert. Ein kurzer Überblick soll diese unvorhergesehene, in Gang gesetzte Entwicklung reflektieren.

Hainburg wird zum Jüngsten Symbol der allseits auf uns einstürzenden Wellen der Umweltzerstörung – in Gang gehalten durch eine nicht einmal angesichts der im Industriegift absterbenden Wälder belehrbaren Großtechnologie-Lobby und den von ihr voll beherrsch-

ten „Arbeitsplatz“-Politikern. Dort noch immer kein Umdenken: Keine bessere Nutzung der vorhandenen Energiequellen und Einstellen der unglaublichen Energievernichtung in Großkraftwerken durch die verantwortlichen Techniker und Manager der E-Wirtschaft; vielmehr Druck und Androhung der Lobby, weitere Plätze durch Aufmärsche von (mißinformierten und damit mißbrauchten) Arbeitern aufzufüllen, und der Versuch der Regierung, die Opposition umzustimmen, ohne daß ihr noch die für jegliche Entscheidung unerläßlichen Gutachten vorliegen – all das kennzeichnet wieder einmal die Szene. Wieder gleiche Manöver und Tricks wie bei Zwentendorf. Und so wird die Propagierung Hainburgs für viele zum Symbol für Unaufrichtigkeit, Starrsinn und Mißachtung von Naturschutz, Gesetz und internationalen Abkommen.

1. Die erste ernste Warnung in der Frage Hainburg kam in diesen Maiwochen vom Präsidenten des World Wildlife Fund International (WWF), Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, Prinzgemahl der englischen Königin. Er versucht in vornehmer, aber eindringlicher Art, das Bewußtsein um die internationale Bedeutung dieses Naturschutzgebietes europäischen Ranges bei den verantwortlichen österreichischen Politikern zu wecken. Er besucht die Stopfenreuter Au bei Hainburg und urgiert auf einer Pressekonferenz am 3. Mai die von Österreich durch seinen Beitritt zur internationalen Konvention von Ramsar übernommene Verpflichtung zum Schutz dieser Aulandschaft. Hierdurch wird wohl erst vielen klar, daß hier ein durch internationale Abkommen geschütztes einmaliges Naturreservat europäischen Ranges zerstört werden würde.

2. Sonntag, den 6. Mai schaltet Kanzler Sinowatz in der ORF-Presserstunde auf „stark“. Durch die Vorhalte der Journalisten über seine Entscheidungsschwäche bei den jüngsten politischen Maßnahmen aufgescheucht, versucht nun der offensichtlich um ein neues Image ringende Kanzler, mit Nachdruck Stärke zu demonstrieren. Er agiert gegenüber Fragen aggressiv. Natürlich bricht unter solchen Umständen auch seine wahre Intention im Fragenkomplex Umweltschutz/Atomkraftwerke hervor. Er fordert ohne jegliche neue Fakten Zwentendorf und preist, ohne ein Wort über die negativen Gutachten zu verlieren, — oder hat man sie ihm auch vorenthalten? — ein Kraftwerk in Hainburg.

Hainburg – Neinburg?



„ALLES MUSS MAN SELBER MACHEN!“

Diese Argumentation wird von Sinowatz in seiner neuen Rolle auch bei seinem Auftritt am Metaller-Gewerkschaftstag, hier mit Faustschütteln und Körpersprache untermalt, fortgesetzt. Die Schlagzeilen der Zeitungen am Montag geben den allgemeinen Eindruck wieder: „Trotz Widerstand in allen politischen Lagern — Sino-

watz: Hainburg bauen und Zwentendorf rasch eröffnen“ und „Sinowatz ganz stur: Er will Hainburg und Zwentendorf!“. Kommentare von Journalisten: „Starrsinn bis zur Sturheit“. Dies wird gleichermaßen von all jenen Österreichern empfunden, die schon seinerzeit mehrheitlich gegen Zwentendorf gestimmt haben und dazu von jenen, die aus der exponentiell wachsenden Umweltzerstörung in der Zwischenzeit dazugelernt haben.

Die Reaktion auf so viel Unverständnis gegenüber dem Umweltschutzgedanken bei einem Bundeskanzler war auch unter unseren Anhängern bedeutend, wie Serien von Anrufen zeigten. Der Ruf nach einer endlich wirklich umweltschutzbewußten Regierung mit einem anderen Mann an der Spitze kommt in der Presseausendung unserer ARGE „Nein zu Zwentendorf“ vom Montag zum Ausdruck:

84-05-07-10:47
131790a orfr a

presse-aussendung

mit seinem sonntäglichen vehementen vorstoss fuer zwentendorf und hainburg hat sich bundeskanzler sinowatz endgueltig von allen vernuenftigen umweltschutzgedanken distanziert. er will sich mit seinen plaenen fuer hainburg ueber alle internationalen abkommen hinwegsetzen und er kennt offenbar nicht die inzwischen bekanntgewordenen gravierenden negativen fakten ueber zwentendorf. er bedenkt nicht die durch die eroeffnung zwentendorfs faelligen nachfolgekosten von insgesamt 20 milliarden schilling.

er will seine ideen mit starrsinn ohne ruecksicht auf jegliches demokratisches verstaendnis durchsetzen, indem er auch nicht das eindeutige volksabstimmungsergebnis gegen zwentendorf zur kenntnis nimmt.

eine solche einstellung zeugt von verstaendnislosigkeit gegenueber internationalen abkommen und dem heute mehr denn je notwendigen umweltschutzgedanken.

wir fordern daher, ehe es zu spaet ist, dringendst den ruecktritt von kanzler sinowatz und die ausschreibung von neuwahlen zur bildung einer verantwortungsbewussten, zukunftsorientierten und sich wirklich fuer den umweltschutz einsetzenden neuen regierung.

wir fordern ferner herrn vizekanzler dr. steger zu einer klaren stellungnahme zu diesen aeusserungen von kanzler sinowatz auf, damit nicht der eindruck entsteht, dass die wuensche von sinowatz und kreisky auch jene der gesamten regierung seien.-

univ.prof.dr.a.tollmann
arge nein zu zwentendorf

3. Die Stimmung schlägt tiefgreifend um. Wie eine Antwort auf die Drohungen und plumpen Gebärden von Sinowatz startet am Montag, den 7. Mai, das „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ „für das Grundrecht auf Umweltqualität“. Wir haben im vorstehenden Artikel hierüber bereits berichtet — über die Unterstützung dieses Begehrens durch unabhängige Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens quer durch alle politischen Lager, über das Engagement der nun ebenfalls schon ungeduldig gewordenen Journalisten, über die Breite des vorgetragenen Anliegens bis einschließlich der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze in großer Zahl, bis zur breiten Zustimmung durch die österreichischen Bürger, die in rasch wachsender Zahl ihre Meinung durch ihre Unterschrift zum Ausdruck bringen.

4. Sinowatz begreift nun endlich, was er offenbar beim heißest geführten Wahlkampf der Zweiten Republik vor der Atom-Volksabstimmung nicht mitgekriegt hat und was auch die eindringlichen Worte unserer Delegation der ARGE „Nein“ bei der Vorsprache im Februar nicht bewirkten: Daß er sich bei weiterer derartig plumper Forcierung von Zwentendorf unter völliger Mißachtung des vorliegenden Volksabstimmungsergebnisses selber den gleichen Weg wie Kreisky bereiten wird.



DIE KALTE DUSCHE

Sinowatz zieht bereits am nächsten Tag, Dienstag den 8. Mai, die Konsequenzen daraus, daß dieses Thema nach seinen Worten so „überraschend emotionalisiert“ worden ist, und legt nun fest, **daß eine Inbetriebnahme von Zwentendorf nur mit einem Konsens aller drei Parteien im Parlament in Frage komme.** Immerhin – die Schüsse vor den Bug der Atomfregatte haben genügt, sie vorderhand einmal zu stoppen. Die Chefs der übrigen Parteien haben die Lehre ebenfalls begriffen und wagen nun deutlicher zu werden. Mock zum Kurier am 10. Mai über Zwentendorf:

„Nicht mit uns“ und Steger im Energiekonzept der Regierung zum Kurier am 13. Mai: Zwentendorf soll nicht in Betrieb gehen.

5. Schon am 10. Mai erhalten Sinowatz und die Betreiber der E-Wirtschaft die nächste Abfuhr, diesmal Hainburg betreffend: Erste Hinweise auf die vier noch geheim gehaltenen Amtsgutachten der N.Ö. Landesregierung über ein geplantes Kraftwerk in Hainburg – übrigens von vier dem Kraftwerksbau gegenüber keineswegs negativ eingestellten Gutachtern – decken aus einer Vielzahl von Gründen schwere Bedenken auf, sodaß die Bezirkshauptleute dem Kraftwerk in der Au wohl kaum eine Genehmigung erteilen werden, woran sich ein langes Behördenverfahren bis zum Verwaltungsgerichtshof anschließen wird. Unabhängig von diesen Gutachten meldet der ÖVP-Generalsekretär Graff als Jurist Bedenken an, ob dieser Standort gemäß dem nö. Naturschutzgesetz und dem Wasserrecht überhaupt bewilligt werden kann.

6. Zusätzlich ist aus Sorge um die Trinkwasserversorgung Wiens, die 20% der Haushalte aus dem Grundwasserwerk Untere Lobau versorgt, sogar die Wiener SPÖ unter Umweltstadtrat Schieder (allerdings „derzeit“ vor Zusicherung hoher Geldsummen der E-Wirtschaft für Umdispositionen der Wiener Anlagen) gegen den Bau des Hainburger Kraftwerkes. Der Rückstau würde sich bis in die Wiener Region auswirken, die öldurchsetzten Grundwässer vom ÖMV-Zentrallager, dem Shell-Gelände und dem Ölhafen könnten dann in das Schutzgebiet gelangen. So nebenbei erfährt man bei dieser Diskussion (Kurier, 8. 5.) durch Gemeinderat Worm, daß ja jetzt schon die „Kläranlage“ Wiens immer wieder täglich Tonnen von Giftschlamm in die Donau schüttet! Die Auswirkungen solcher Verhältnisse auf das die Donau begleitende Grundwasser/Trinkwasser dann in einem stagnierenden Stauraum sind ja nicht allzuschwer auszumalen.

Fazit der Politikomödie in den Wochen nach den Maiaufmärschen: Das Umweltbewußtsein der Bevölkerung ist nun schon so weit gewachsen, daß die Versuche der Unbelehrbaren, unter ständig ausgreifendem Umweltverbrauch im alten Verschwendungstrott weiterzuwirtschaften, scheitern werden. Langsam scheinen manche unter diesen Politikern einzusehen, daß Drohgebärden Argumente nicht ersetzen können und daß auch eine von Herrn Abg. Josef Hesoun durch kernige Sprüche gegen „Pseudoumweltschützer“ und „Kaffeehaus-Astrologen“ aufgeheizte Demonstration von fehlinformierten Arbeitern nicht weiter hilft. – Der zähe Einsatz gegen Unvernunft wird trotz alledem seine Früchte tragen.

Stellungnahme der Parteien zur Frage Zwentendorf

Trotz weltweiten Rückganges der Atomkraft-Euphorie, trotz des unabsehbaren Debakels der USA mit ihren Reaktoren, beharrt die SPÖ-Parteiführung und damit die treibende Kraft der Regierung weiterhin auf der Aktualisierung der Frage Zwentendorf in Richtung Inbetriebnahme. Auch wenn ihr dadurch die SPÖ-Jugend davonläuft, auch wenn sie in einer Zeit des

anwachsenden Umweltbewußtseins damit ihre Partei ruinieren wird.

Eines hatte man sich ursprünglich vorgenommen: Noch heuer soll die endgültige Entscheidung fallen, ob Österreich der Atomwirtschaft ausgeliefert werden wird. Das hat auch Sinowatz wiederholt verkündet, meist mit dem Zusatz: „Das Volk wird auf jeden Fall befragt“ –

ohne Rücksicht auf den bereits bei der Volksabstimmung gefällten Entscheid. Auch die E-Wirtschaft kann die jährlichen Konservierungskosten von 60 Millionen Schilling (oder noch viel mehr, wie zwischendurch immer wieder verlautet) nicht auf ewig verkraften und drängt auf Entscheidung vor Ablauf der Einmottungsfrist vor Ende 1984.

Einen konkreten Schlachtplan für Zwentendorf hat der SP-Abgeordnete Heindl ausgearbeitet (Basta, 4. 1984, S. 4): Im Juni soll ein Bericht über Zwentendorf dem Nationalrat vorgelegt werden, dann soll der reaktivierte Zwentendorf-Unterausschuß des Handelsausschusses sich nur mehr mit dem Problem der Endlagerung befassen und bei einem Lichtblick (z.B. China) das Thema Ende 1984 vor das Plenum bringen. Danach könnte man 1985 eine zweite Volksabstimmung oder besser die dem Hirn Kreiskys entsprungene „völlig unverbindliche Volksbefragung“ lancieren. Erreicht man eine klare Mehrheit für Zwentendorf, dann könnte das AKW mit einfacher parlamentarischer Mehrheit in Betrieb gehen.

Soweit die Wunschvorstellung der SPÖ-Fraktion, die aber zu einfach an der Weiterentwicklung des Umweltschutzbewußtseins der Bevölkerung vorbeigeht.

Daß Dir. Staudinger von Zwentendorf sich trotz dieses Planes keineswegs so sicher fühlt, zeigt sein bereits entwickeltes Konzept für das Gegenteil, das Zusperrern. Und das ist natürlich so bauernschlau gezimmert, daß uns dann Zwentendorf auch nach zweiter Absage weiterhin als Mühlstein umgehängt bliebe: Seinem Wunsch entsprechend würde es unter dem Titel „Ersatzteillager zum Abverkauf“ in voller Pracht stehen bleiben. Wenn sich dann eben angeblich – genau wie im Fall der Brennstäbe – auch für die übrigen Teile kein Käufer fände, dann könnte man das Werk unangefochten auf Zeit für den Tag X bereithalten.

Nach dem Kraftlackl-Akt von Sonntag, den 6. Mai, mit einem „Zwentendorf drauf los“, hat dann allerdings Sinowatz den Bogen so überspannt, daß er selbst unmittelbar darauf sich auf die Forderung nach Konsens aller drei Parteien im Parlament zurückziehen mußte. Ein solcher Konsens aber ist nach Äußerungen der übrigen Parteien nicht zu erwarten!

Die klarste Absage an Zwentendorf stammt weiterhin von der FPÖ: Steger hierzu schon im März (3. 3. 1984, Kurier, S. 2): „Ein Umbau käme ebensowenig in Betracht wie die Zustimmung seiner Partei zur Inbetriebnahme.“

Und nach dem jüngsten Sinowatz-Sonntags-Debakel erklärte Steger dem Kurier gegenüber, daß auch laut Energiekonzept der Regierung, das in seinem Ministerium ausgearbeitet worden ist, Zwentendorf nicht in Betrieb gehen soll. Steger weiß genau, daß die FPÖ bei ihrer ja am längsten eingehaltenen Antiatom-Linie bleiben muß. Er weiß, daß ein guter Teil der österreichischen Bürger diese Frage so ernst nimmt, daß bei einem Umfallen der FPÖ in diesem Punkt sich mit Sicherheit eine neue Einigung aller grünen Kräfte in Österreich einstellen würde – mit allen politischen Folgen. Und für einen nächsten solchen grünen Anlauf liegen heute noch ganz andere Grundlagen vor, da das Ausmaß der Naturzerstörung jetzt bereits für jeden um vieles sichtbarer ist als je zuvor. Auch für die übrigen

maßgebenden Politiker der FPÖ ist das Nein zu Zwentendorf eindeutig, wie etwa die Ausführungen vom Generalsekretär Grabher-Meyer belegen (Wiener Ztg., S. 2, 27. 4. 1984).

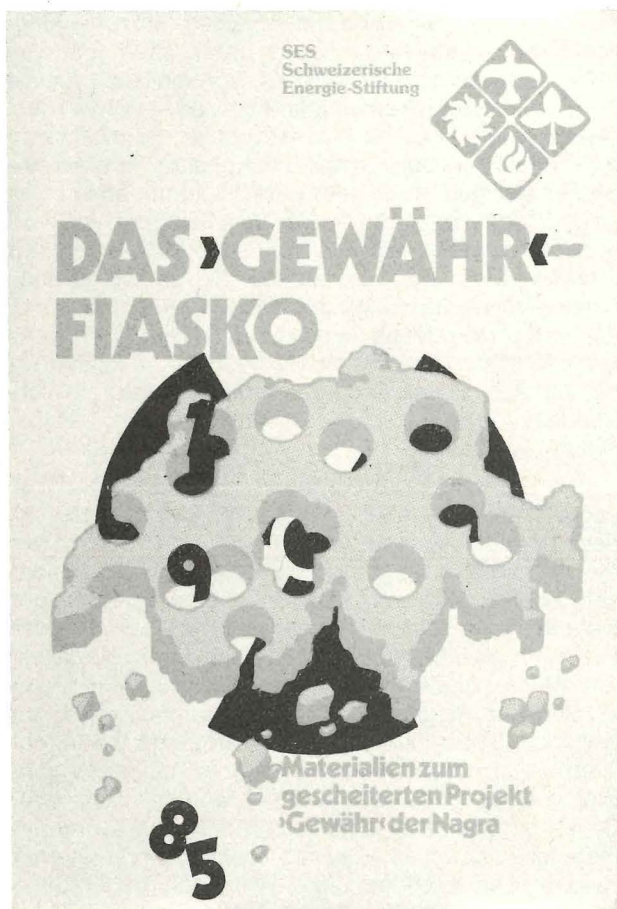
Aber auch die Stellungnahmen der ÖVP zu dieser drängenden Frage sind eindeutig. Generalsekretär Graff etwa betont (Presse, 19. 4.), daß die ÖVP-Bedingungen über die nötige Sicherheit aufrecht bleiben und sich nichts an der Lage geändert habe. Die vagen Hoffnungen der Betreiber, den Atom Müll rund um die halbe Welt nach China zu exportieren, das noch keinerlei Grundlagen für ein Endlager besitzt und nach eigenen Aussagen noch ein halbes oder ganzes Jahrzehnt Möglichkeiten suchen wird müssen, (inzwischen aber weiterhin an Atombomben bastelt), können auch für die ÖVP nicht als Sicherheitsgarantien gewertet werden. Mock hat am 8. Mai nach der Flucht von Sinowatz zum Volksentscheid bei nationalem Konsens ebenso wie Steger klar genug ausgedrückt: „Nicht mit uns . . . es sind, objektiv gesehen, die Voraussetzungen nicht vorhanden.“ Und zur rechtlich nicht abgedeckten Kreisky/Sinowatz-Idee der Einbahn einer unverbindlichen „Probe-Volksbefragung“ bemerkt ÖVP-Generalsekretär Graff unzweideutig (Presse, 19. 4. 1984): „Wir denken gar nicht daran, aus einer Ad-Hoc-Situation heraus die Verfassung zu ändern. Die Volksbefragung ist in der Bundesverfassung nicht vorgesehen.“

In Parenthese sei vermerkt, daß inzwischen sich sogar Generaldirektor Fremuth von der E-Wirtschaft dazu hergibt, die chinesische Diktatur dazu zu nutzen, den Atom Müll – wenn möglich – diesem Land und diesem Volk aufzuhalten, das sich bei Gott nicht dagegen wehren kann. Dabei bagatellisiert er natürlich die Gefahren, den hochradioaktiven Müll über alle Länder und Meere zu verfrachten. Lakonisch bemerkt hierzu Vizekanzler Steger, daß Fremuth fahrlässig handle, wenn er bei bestehendem Atomsperrgesetz darangeht, Verträge zu unterschreiben, für deren Abbestellung im Einklang mit dem Gesetz wir dann womöglich Millionen Schilling Pönale zahlen müssen. Gerade hat ja Fremuth mitgeteilt, daß wir 11 Millionen Schilling für die Stornierung der seinerzeit von der E-Wirtschaft (gegen unseren Willen) durchgeführten Brennstabkäufe für Zwentendorf und Stein-St. Pantaleon bezahlen haben müssen. Wenn er uns nun trotz des Atomsperrvertrages gegen besseres Wissen wiederum die nächste Pönale einhandelt, werden wir dafür sorgen, daß er diesmal selbst – auch unter Verkauf seines Anteiles am Besitz eines der von der E-Wirtschaft vielgeschmähten Kleinkraftwerke – für die von ihm verschuldete Verschwendung aufzukommen hat.

Sinowatz wird seinen jüngsten Denkkzettel sicherlich auch wieder vergessen und unter Kreiskys zunehmendem Einfluß bald wieder mit dessen Lieblingskind Zwentendorf vortäuschen. Er wird seiner Partei damit einen schlechten Dienst erweisen. Wir alle werden dafür sorgen, daß wir und die Nachwelt in Österreich von **dieser** Dauerbedrohung verschont bleiben, denn wir wissen heute nach fünfeinhalb Jahren weiterer Erfahrung auf diesem Sektor zu viel über die bedrohliche, unausgereifte und finanziell samt Nachfolgekosten nicht tragbare Nukleartechnik.

Das „Gewähr“-Fiasko

So lautet der Titel der soeben erschienenen Schrift der Schweizerischen Energie-Stiftung*), verfaßt von Dr. M. Buser und Dr. W. Wildi. Die beiden Autoren, kritische Schweizer Wissenschaftler, geben in diesem Bericht Überblick über das nun bereits greifbare Ergebnis des Projektes „Gewähr für die dauernde, sichere Entsorgung und Endlagerung des radioaktiven Abfalles“ der Schweizer Atomkraftwerke.



In der Schweiz ist ja bekanntlich im Referendum zum Bundesbeschluß vom 6. Oktober 1978 entschieden worden, daß keine neuen Atomkraftwerke mehr bewilligt werden und die bestehenden Werke abgestellt werden müssen, wenn der „Machbarkeitsnachweis“ (d. h. die „Gewähr“) nicht bis zum Jahr 1985 von der NAGRA (Nat. Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) erbracht werden könne. Eine derartige Entscheidung war damals deshalb erforderlich geworden, weil in den in dieser Zeit ausgefertigten Wiederaufarbeitungsverträgen mit La Hague / Frankreich und Windscale/GB. festgelegt worden war, daß die hochaktiven Abfälle nach der Aufbereitung ab 1990 wiederum in das Ursprungsland, in diesem Falle in die Schweiz, zurückgeliefert werden.

*) „Das Gewähr-Fiasko, Materialien zum gescheiterten Projekt „Gewähr“ der Nagra“ – beziehbar bei der Schweizerischen Energie-Stiftung, Sihlquai 67, CH-8005 Zürich.

Als Frist für die Durchführung dieser „Gewähr“ hat das Eidgenössische Energiewirtschafts-Departement den Zeitraum bis Ende 1985 festgelegt: Im einzelnen wurde als Termin für die Einreichung des abgeschlossenen Projektes „Gewähr“ durch die NAGRA Ende November 1984 vorgesehen, da das Ergebnis dieses Projektes anschließend noch durch die zuständigen Aufsichtsbehörden begutachtet werden muß und schließlich bis Ende November 1985 hierzu noch eine internationale wissenschaftliche Review durchgeführt werden soll.

Die NAGRA versicherte daraufhin in ihrem publizierten Forschungsprogramm am 6. Feber 1979, daß sie dieses Projekt „Gewähr“ in der vorgesehenen Zeit durchführen könne und werde, samt erforderlichen Sondierungsbohrungen, Probestollen, konkreter Standortsicherung, Ausarbeitung der Verfahrenstechniken einschließlich der Sicherheitsanalysen. Die NAGRA hatte diese – wie kritische Schweizer Wissenschaftler schon damals erklärt hatten – viel zu großspürigen Versicherungen leichten Herzens gegeben: Zunächst hatte sie vielleicht selber an die weltweite Propaganda der Betreiber aller Länder geglaubt, daß Endlager jederzeit machbar, ja leicht erstellbar und nur mehr ein Politikum, aber kein wissenschaftliches Problem mehr seien – wie man uns ja auch in Österreich bis zur heutigen Stunde seitens der Befürworter einzutrommeln versucht. Sodann wußten sie sich in einem Land, das mit den besten Geologen der Welt aufwarten kann, die schwierigste Probleme der Wissenschaft wiederholt pionierhaft gelöst haben. Und schließlich verfügt die NAGRA über alle nötigen Geldmittel und schüttete sehr bald für diese Untersuchungen umgerechnet mehr als 1.500.000.000 Schilling aus.

Heute, ein halbes Jahr vor dem Ablieferungstermin des groß angekündigten Projektes „Gewähr“ ist das Debakel evident: Das Projekt „Gewähr“ der NAGRA für 1984/85 ist gescheitert, wie der zitierte SES-Report expressis verbis darlegt und auf Grund der offiziellen Zwischenberichte im einzelnen erläutert. Alle drei abgeschlossenen Sondierungsbohrungen in der Nordschweiz erbrachten im Gegensatz zu den erwarteten Verhältnissen eines gesunden kristallinen Gesteins ungeeignete bzw. äußerst ungünstige Gegebenheiten. In Weiach und Riniken nahe der deutschen Grenze südlich vom Rhein wurde unter den Sedimentgesteinen der Trias nicht das gewünschte Kristallin angetroffen, sondern ein mächtiger, von Sandstein und Kohlenflözen erfüllter, für Endlagerung gänzlich ungeeigneter Sedimenttrog aus der Steinkohlenzeit. Die dritte vollendete Bohrung Böttstein im Aaretal der Nordschweiz aber fand das kristalline Grundgebirge in stark geklüfteter, durch warme Tiefengrundwässer in Fortsetzung der Thermalzone von Zurzach zersetzter Ausbildung vor. Und die noch laufenden und geplanten Tiefbohrungen im Süden lassen bei der tiefen Lage des Kristallins zu hohe Temperaturen erwarten.

Der SES-Bericht faßt zusammen, daß bereits heute feststeht, „daß die NAGRA bis zum Jahr 1985 auch nicht den kleinsten Teil ihrer einst lauthals verkündeten Versprechen einlösen kann. Definitiv vorbei sind

die Aussichten, bis zum Abgabedatum für den Bericht „Gewähr“ in irgendeiner Form die vom Gesetz geforderte „Gewähr für die dauernde, sichere Entsorgung und Endlagerung“ zu erbringen. Denn ohne geeignete Gesteinsschichten kann man beim besten Willen keine „Gewähr“ erbringen, weder mit Berechnungen, noch mit Modellen.“

Der Fehlschlag ist teils durch schwerwiegende Unterlassungen, teils durch Fehler begründet. Für die Locierung der Bohrungen waren nicht einmal die erforderlichen geophysikalischen Voruntersuchungen durchgeführt worden, so sicher war man sich seiner Sache. Stimmen der kritischen Wissenschaftler sind wie üblich in den Wind geschlagen worden. Transparenz im Vorgehen mangelte nach gewohnter Manier ebenso. Die Unterschätzung des ganzen Unternehmens brachte gravierende Verzögerungen: Bohrungsansuchen wurden bis zu vier Jahre verspätet den Behörden vorgelegt. Statt der im NAGRA-Forschungsprogramm vom August 1978 angekündigten 40 Bohrungen und Sondierstollen bis zum Jahr 1985 sind nun nur mehr höchstens 4–6 Bohrungen machbar.

Da die ursprünglich angekündigte breite Sicherung einwandfrei geprüfter geologischer Standorte in der

vorgesehenen Zeit gescheitert ist, versucht nun die NAGRA durch eine Reihe von Verwässerungen des ursprünglichen Projektes auf andere Art zu ihrem Ziel zu gelangen. Dabei kommt der Bundesrat dieser Bestrebung entgegen, indem er vom konkret erforschten geologischen Standort zum standortunabhängigen Modellprojekt einschwenkt, also den Schwerpunkt von konkreten Forschungsergebnissen auf Sicherheitsanalysen verlagert!

Wir haben am Beispiel der Schweiz mit ihrer weltbesten geologischen Forschungskapazität vorexerziert bekommen, wie es um die Sicherung des Endlagers dann im Ernstfall steht, wenn man sich nicht einfach ausreden will, dieses Problem werde erst um die Jahrtausendwende aktuell und betrifft erst unsere Nachkommen. Oder wenn man nicht nur technisch muster-gültig gezeichnete Endlagerskizzen in buntem Druck auf geduldiges Hochglanzpapier wirft, sondern die Eignung einer konkreten Gesteinsinformation unter Beweis stellen soll. Gerade dieses Fiasko des Projektes „Gewähr“ im kristallinen Gestein in der Schweiz soll uns als Alpenstaat als Warnung dienen, nachdem bereits die Bohrergebnisse im zuvor vielgepriesenen Salzstock von Gorleben in Deutschland so ernüchternd negativ gewesen sind.

Ein Jahr nach den Wahlen – Versprechen und Wahrheit

Vor den letzten Nationalratswahlen im April 1983 hat alle politischen Parteien die Angst vor der wachsenden grünen Bewegung erfaßt, wohl wissend, wie sträflich in all den Jahren die immer drängender werdenden Forderungen des Umweltschutzes von ihnen allen vernachlässigt worden waren. Fast schon wären damals ernstzunehmende Umweltschutz-Bestrebungen im Rahmen der VGÖ – die bereits 8–9% der Wählerstimmen hierfür gewinnen konnte – organisiert in das Parlament vorgedrungen, hätte nicht der eigensüchtige Konkurrenzkampf einiger virulenter Köpfe innerhalb dieser Organisation diesen ersten Anlauf zunichte gemacht.

Die bestehenden Parteien aber hatten durch diesen Schock kurzfristig das ganze Ausmaß ihres Versäumnisses im Schlaglicht erkannt und sich im Versprechen von nunmehr schleunig nachzuholenden Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt überboten. Auch bei den folgenden Landtagswahlen wiederholte sich das Spiel: Landeshauptmann Ludwig z. B. versprach bei seinem Wahlsieg umgehend in jeder Gemeinde einen Umweltschutzbeauftragten zu nominieren . . .

Was ist in dem Jahr nach den Versprechen der beamteten Politiker geschehen?

Am eindringlichsten zeigt sich die Weiterentwicklung am sterbenden Wald und an den „Sofortmaßnahmen“ dagegen. In Österreich waren im Jahr 1982 rund 120.000 ha Wald oder 3% der Waldfläche sichtbar geschädigt. Im November 1983 waren es bereits 360.000 ha oder 10%, im Jänner 1984 waren es 440.000 ha oder 12%. Im März 1984 kam von Univ.-

Prof. H. Mayer vom Institut für Waldbau von der Universität für Bodenkultur in Wien die Schreckensmeldung, daß bereits 600.000 ha vom Waldsterben erfaßt sind, daß sind bereits 18% oder eine Fläche so groß wie das Bundesland Salzburg! **Allein auf diesem Sektor ist eine nationale Katastrophe mit tatsächlich unabsehbaren Folgen nach allen Richtungen in geradezu dramatischer Weise im Gange.**

Das Waldsterben ist das schreckliche Menetekel, ist das nun schon für Jeden sichtbare Zeichen für die hundertfältigen, damit verbundenen Zerstörungen. Auf vielen Ebenen gleichzeitig wirkt die von rücksichtslosen Managern gegen die Natur und gegen den Menschen in hektischer Betriebsamkeit gesteigerte Umweltzerstörung. In Nachbarstaaten, wo die Forschung unserem Land voraus ist, wird der parallel zum Waldsterben auftretende Schaden wenigstens registriert: In Deutschland wird von Forstbotanikern der Befall der Obstbaumpflanzungen im Neckargebiet durch die mit der Schädigung verbundenen Krankheiten gemeldet, wird vom emer. Direktor des Max-Planck-Institutes für Landarbeit, Prof. G. Preuschen, die Vergiftung der Ackerböden durch den sauren Regen in einem Ausmaß von 30% der Fläche konstatiert, was die Gelbfärbung der Gerste im Winteranbaugebiet auf großen Flächen Deutschlands und Österreichs bis in den Großraum Linz und die bei dieser Getreideart seit drei Jahren beobachteten Wachstumsstörungen erklären kann . . . Alles nur weitere Vorboten des folgenden allgemeinen Vegetationssterbens.

Zuerst stirbt der Wald . . . dann sterben Eure Kinder, dann kommt Ihr selber dran. Nur so ergänzt sich der deprimierende Auftakt dieses Satzes. Denn Aachener Wissenschaftler der TH haben herausgefunden, daß das ominöse Kindersterben in der BRD an einer geheimnisvollen Seuche (SIDS, „Plötzlicher Kindes-tod“) mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Umweltverschmutzung und Luftvergiftung zurückzuführen ist. 2000–4000 Kinder starben zuletzt an dieser Seuche, deren Bindung nun signifikant an besonders stark umweltbelastete Regionen erwiesen ist. Über Infektionen im Mund-Rachen-Raum, über irreparable Verklebung der Lungen wird der Tod herbeigeführt. In den maßgebenden Regionen ist die Luft von Schwefeldioxyd, Blei, Cadmium und Kohlenmonoxyd geschwängert.

Österreich, von „Fortschrittspolitikern“, die dem ewigen Wirtschaftswachstum verschrieben sind, geführt, geht den gleichen Weg. Was ist aus den Wahlversprechen geworden? Wo sind die Sofortmaßnahmen der Regierung in einer Zeit, die in Bezug auf den Umweltschutz nur mehr als nationaler Notstand bezeichnet werden kann? Warum wird das Anbot des Direktors der ÖMV-AG, der aussagt, daß alle technischen Voraussetzungen gegeben sind, den Schwefelgehalt des Heizöles schwer – dieses Hauptverseuchers der Umwelt – sofort und rapide abzusenken, nicht am gleichen Tag angenommen? Warum wird von der Bundesregierung zunächst einmal nur die Absenkung des Schwefelgehaltes dieses in der Industrie breit eingesetzten Heizöles von 2,4% auf 2% gefordert, sodaß hierdurch noch immer ein Ausstoß von 290.000 t Schwefeldioxyd/J. die Umwelt zerstört, und wird erst ab 1989(!) der Schwefelgehalt auf 1% verringert werden? Wie kann die Regierung unter den herrschenden Verhältnissen des rapiden Zusammenbruches der Natur und der Gesundheit des Menschen Verordnungen erlassen (Wiener Ztg., 20. 4. 1984, S. 3), nach denen neu errichtete Industrieanlagen unter 30 MW Leistung erst ab 1986, unter 10 MW ab 1988, unter 5 MW ab 1990 bestimmte Grenzwerte der Schadstoffemission vorgeschrieben erhalten werden. Die alten Anlagen sollen in einem solchen Stufenplan bis 1990 erfaßt werden, wobei dann noch immer die Menge der abgegebenen Schadstoffe beträchtlich bleiben wird. Obwohl eine Filterung bis 98%, ja 99% praktisch erprobt ist, dürfen auch heute und in Zukunft Großkraftwerke wie das neu errichtete Dürrrohr trotz des aufreibenden Kampfes der Umweltschützer 20% der Schadstoffe in die Luft, die Wälder, die Lungen der Menschen blasen. Für bestehende Altölverbrennungsanlagen wird die Rauchgasreinigung erst nach einer Frist von fünf Jahren vorgeschrieben werden! Zur Autoabgas-Reduktion durch Katalysatoren (die z. B. in den USA schon seit Jahren

im Einsatz sind) sollen ab 1986 Vorschriften bei Neuzulassungen eingeführt werden, wiederum mit mehrjährigen Übergangsfristen zusätzlich.

Statt daß die verantwortlichen Regierungspolitiker die längst fälligen Maßnahmen seit Jahren getroffen hätten, begnügen sie sich auch heute noch mit halben Ansätzen, rechnen in Zeiträumen bis 1990 und verschließen die Augen vor den inzwischen unweigerlich fortschreitenden irreversiblen Zerstörungen. Die Organisation von Demonstrationen falsch informierter Arbeiter gegen Umweltschützer sind wahrlich zu durchsichtige Ablenkungsmanöver – die „Gewerkschafter gegen Atomenergie“ haben dieser Spaltung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführung in ihrer Presseaussendung die gebührende Antwort gegeben, die wir auszugsweise zitieren:

Pro-Hainburg-Demonstration: Mißbrauch der Sorge um den Arbeitsplatz für in- und ausländische Geschäftsinteressen

Die Hälfte der jährlich in Österreich verfügbaren Energiemenge geht wegen schlechter Ausnutzung vor allem in Kraftwerken der E-Wirtschaft verloren. Trotz Stromüberschuß und Milliarden Gewinnen der E-Wirtschaft beim Stromexport macht diese weiter Werbung aus unseren Steuergeldern, gibt sich als Umweltschützer (gegen das Waldsterben) und fordert neuerlich eine Strompreiserhöhung auf Basis eines willkürlich herausgegriffenen Winterverbrauchszuwachses.

Statt gegen diese Zustände aufzutreten, organisiert die Gewerkschaftsführung mit NÖ.-AK-Präsident Hesoun an der Spitze eine Demonstration für Hainburg . . .

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Postfach 299, 1061 Wien

Mit der paradoxen Formulierung, daß nur durch die Zerstörung des Auwaldes bei Hainburg die übrigen Wälder vor dem sauren Regen gerettet werden können, mit der Irreführung, daß Atomkraftwerke umweltfreundlich seien – während sich heute bereits konkrete Anzeichen für die Mitwirkung von Radionukliden von Atomanlagen bei Bildung des sauren Regens ergeben (vgl. Neue Arg., Heft 19, S. 3) – damit kann man heute von den eigenen Versäumnissen nicht mehr ablenken.

Die Bilanz über das seit der Nationalratswahl verflossene Jahr wird so zu einer Bilanz der Unverantwortlichkeit der Verantwortlichen und zeigt, daß die rasche Einbremsung des Irrweges „friedlich in die Katastrophe“ von anderer Seite als von dieser Regierung her erfolgen muß.

Impressum und Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber der periodischen Druckschrift „Neue Argumente“ ist der Interessenverband „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf“, 1180 Wien, Scheibenbergstr. 53/6. Vorstand: Prof. Dr. A. Tollmann, R. Müller, F. Czernin, Prof. T. Kühne, Ing. St. Micko, W. Bernhardt, Konsul a. D. A. Englander, Dr. U. Krames, A. Ursprunger. Der Verein ist parteipolitisch unabhängig und wird ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert. Er stellt einen Dachverband dar, dem u. a. rund 70 Atomgegnerverbände aus ganz Österreich angehören. Zweck des Verbandes ist es, die Gefahren von Atomkraftwerken von Österreich abzuhalten, dafür aber für eine vernünftige Energiepolitik und für Umweltschutz einzutreten.

Postsparkassenkonto Nr. 7042.391. – Jeglicher Schriftverkehr an den Obmann, 1180 Wien, Scheibenbergstraße 53/6, oder an die Geschäftsstelle 1210 Wien, Johann-Laufner-Gasse 37/6. Druck: Walter Leukauf GmbH, 1090 Wien, Liechtensteinstraße 5–7.